

UNION IN EUROPA

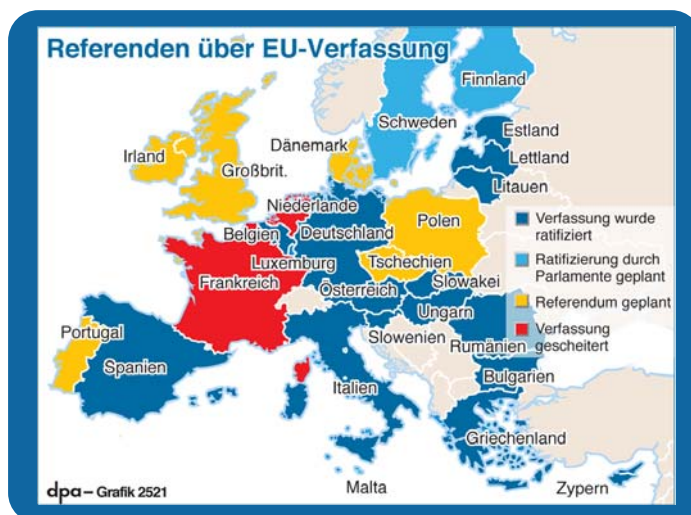
**CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament**

Nummer 5 · 12. Juni 2007 · www.cducsu.eu

UfE-Newsletter

EP fordert schnelle Einigung beim EU-Verfassungsvertrag

Das Europäische Parlament will eine schnelle Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dazu hat das Plenum mit breiter Mehrheit eine von Elmar Brok (CDU) und Enrique Barón Crespo (PSE) ausgearbeitete Entschließung angenommen. Darin unterstützt das Parlament die Bemühungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, bei dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 21. und 22. Juni eine Einigung auf einen Fahrplan zur Annahme des Verfassungsvertrages zu erzielen. Die zentralen Elemente des Verfassungsvertrages müssten aber gewahrt bleiben. In der Entschließung heißt es weiter,



das Europäische Parlament werde alle Verhandlungsergebnisse ablehnen, die zu weniger Demokratie, Transparenz und Effizienz gegenüber dem jetzi-

gen Entwurf des Verfassungsvertrages führten. Darüber hinaus müssten die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Rechtspersön-

lichkeit für die Europäische Union, und eine stärkere europäische Rolle in der Außenpolitik Teil des Verfassungsvertrages bleiben, betonten Brok und Barón Crespo. „Eine klare Mehrheit des Europäischen Parlaments will den Verfassungsvertrag. Dabei müssen die Regelungen, die die Europäische Union demokratischer, transparenter und effizienter machen, erhalten bleiben. Das Ziel muss die Ratifizierung des Textes durch alle EU-Staaten bis zu den nächsten Europawahlen 2009 sein“.

Lesen Sie weiter unter:
[http://www.cducsu.eu/
content/view/3968/32/](http://www.cducsu.eu/content/view/3968/32/)

WEITER →

Breite Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich in der Türkeifrage

Im Vorfeld der ersten Runde der französischen Parlamentswahlen sehen die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen und Markus Ferber, eine breite politische Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich in der Frage einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei. „Nicolas Sarkozy hat sich bereits

im französischen Präsidentschaftswahlkampf klar für das von den Unionsparteien entwickelte Konzept einer privilegierten Partnerschaft mit der Türkei anstelle einer türkischen EU-Vollmitgliedschaft ausgesprochen. Dies ist ein deutliches Zeichen an Bundeskanzlerin Merkel, dass Frankreich in dieser Frage hinter der deutschen Bundesregierung steht“,

erklärten die Gruppenvorsitzenden in Brüssel.

Langen und Ferber sagten weiter, dass die von Sarkozy geführte französische Regierung auch im laufenden Parlamentswahlkampf in der Türkeifrage keinen Millimeter von dieser politischen Linie abgewichen sei. Da Sarkozys Regierungspartei UMP inzwischen sogar mit einer Zweidrittelmehr-

heit rechnen könne, entspreche das Konzept der privilegierten Partnerschaft zudem ganz offensichtlich der klaren Mehrheitsmeinung der Wählerinnen und Wähler in Frankreich.

Lesen Sie weiter unter:
[http://www.cducsu.eu/
content/view/3970/32/](http://www.cducsu.eu/content/view/3970/32/)

WEITER →

WERNER LANGEN UND ALEXANDER RADWAN:

Malta und Zypern nehmen Kurs auf Eurozone

EP-Wirtschaftsausschuss kritisiert aber Vorgehen der Kommission

Nach Auffassung des zuständigen Berichterstatters im Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments, Werner Langen, und des wirtschaftspolitischen Sprechers der EVP-ED-Fraktion, Alexander Radwan, rechtfertigt die positive Gesamtentwicklung Maltas und Zyperns eine zügige Aufnahme dieser beiden Mitgliedstaaten in die Eurozone. "Es steht außer Frage, dass die Volkswirtschaften Maltas und Zyperns sich in den letzten Jahren klar in Richtung Konvergenz und damit auf die Eurozone zu entwickelt haben". Langen und Radwan sagten weiter, dass Malta und Zypern sowohl bei den Inflationsraten als auch bei der Neuverschuldung und der Währungsstabilität die Kriterien für einen Beitritt zur Eurozone uneingeschränkt erfüllen.

Auch bei der Gesamtverschuldung gebe es nun eine nachhaltige Tendenz in Richtung auf die zulässige Höchstgrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. "Die Europäische Union sollte deshalb durch eine Aufnahme die-



Werner Langen

ser beiden Länder in die Eurozone ein positives Signal nach La Valetta und Nikosia aussenden, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen", erklärten Langen und Radwan weiter. Dringenden Verbesserungsbedarf sieht der im Wirtschaftsausschuss debattierte Bericht jedoch noch bei der Einhaltung der Informations- und Dokumentationspflichten durch Malta und Zypern. "Es stellt sich hier die Frage, wieso die Kommission bereits Mitte Mai eine positive Empfehlung für den Beitritt Maltas und Zy-



Alexander Radwan

perns zur Eurozone ausgesprochen hat, obwohl diese Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind. Die Beanstandungen müssen deshalb unverzüglich beseitigt werden", betonten Langen und Radwan.

Scharfe Kritik übten die beiden Unionsabgeordneten in diesem Zusammenhang an der unzureichenden Konsultation des Europäischen Parlaments durch EU-Währungskommissar Almunia: "Die EU-Kommission hat durch die späte Vorlage ihrer Empfehlung und die kurzfristige Einbindung des Europäischen

Parlaments eine objektive Prüfung der Konvergenzkriterien erneut erschwert. Nachdem dies bereits 2006 im Falle Sloweniens offensichtlich folgenlos beanstandet wurde, stellt sich die Frage, ob dieses Vorgehen beabsichtigt ist". Der Wirtschaftsausschuss verlangt daher jetzt eine vorherige Erklärung von EU-Kommissar Almunia, wie er seinen Informations- und Konsultationspflichten auf der Grundlage eines klaren Terminplans aller drei beteiligten EU-Institutionen in Zukunft nachzukommen gedenkt. Zudem müsse zukünftig sichergestellt sein, dass die von der Kommission als Entscheidungsgrundlage genutzte Datenbasis auch tatsächlich korrekt ist. "Sollte diese nicht bis zu der für den 18. Juni vorgesehenen Schlussabstimmung im Ausschuss eingegangen sein, ist auch eine Verschiebung der notwendigen Stellungnahme des Parlaments nicht mehr auszuschließen", so Langen und Radwan abschließend.

Europaparlament begrüßt Klimabeschluss der G-8

"Kaum jemand hat Frau Merkel das Kunststück zugetraut, den seit Jahren andauernden Stillstand der globalen Verhandlungen zum Klimaschutz zu überwinden. Die Überzeugungskraft der Bundeskanzlerin scheint eine ganz besondere Wirkung auf den US-Präsidenten ausgeübt zu haben. Anders ist dieser Erfolg nicht zu erklären", lobt der Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Klimawandel, Karl-Heinz Florenz (CDU), den Beschluss des G-8-Gipfels von Heiligendamm.

Der um China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika erweiterte Gipfel hat eine Erklärung angenommen, nach der bis Ende 2009 ein Internationales Klimaregime unter dem Dach der UN eingerichtet sowie die Halbierung der Treibhausgase bis 2050 ins Auge gefasst werden soll.

Der erst im Mai gegründete Sonderausschuss Klimawandel des Europaparlaments hat bereits seine erste Arbeitssitzung abgehalten. Der Ausschuss will innerhalb von 12 bis 18 Monaten auf Grundlage einer Bewertung sämtlicher Emissionsquellen sowie der jeweiligen Reduktionspotenziale ein Handlungskonzept mit konkreten Maßnahmen für die EU erarbeiten.

Ist die Türkei eine „streng laizistische Republik?“

Wie aus einer Grafik über die Staatspräsidenten der Republik Türkei seit Atatürk UIE 4/2007 irrtümlich gefolgert werden konnte, ist die Türkei keine „streng laizistische Republik“.

Bereits 1923 hat der Staatsgründer Kemal Pascha Atatürk das türkische Amt für religiöse Angelegenheiten Diyanet eingerichtet, unter anderem, um sicher zu stellen, dass die Religion in den privaten Bereich „verdrängt“ wird. Diese Behörde existiert heute noch. Sie kontrolliert und reguliert mit weit über 100.000 staatlich besoldeten Mitarbeitern umfassend die Religionsausübung in der Türkei.

Unter die Zuständigkeit des Amtes für religiöse Angelegenheiten fallen der Bau von Moscheen, die Ausbildung, Einberufung und Absetzung der Imame, die Abfassung der Freitagspredigten, der religiöse Schulunterricht und die Arbeit der islamischen Fakultäten. Selbst die Organisation der Wallfahrt nach Mekka geschieht unter der Kontrolle des türkischen Amtes für religiöse Angelegenheiten. Staat und Religion sind also nicht getrennt, obwohl das Prinzip des „Laizismus“ in die türkische Verfassung aufgenommen wurde. (W.L.)

DANIEL CASPARY:

Handelspolitik muss Wirtschaftsinteressen durchsetzen

Standards an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausrichten

Die Handelspolitik der Europäischen Union sollte sich primär an den wirtschaftlichen Interessen Europas orientieren. Das forderte das Europäische Parlament (EP). Die Abgeordneten sprechen sich gegen eine Überfrachtung mit anderen Politikbereichen aus. "Die EU muss mit ihrer Handelspolitik ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Das ist das Hauptziel", sagte der Berichterstatter des EP zur neuen Handelsstrategie, Daniel Caspary (CDU).

Zentrale Punkte der EU-Handelsstrategie sind für die Parlamentarier Standards und Normen sowie der Schutz des geistigen Eigentums. "Bei der Ausarbeitung europäischer Regelungen und Standards müssen wir immer darauf achten, inwieweit sie kompatibel mit denen der anderen großen Wirtschaftsräume sind. Sonst machen wir uns das Leben selbst schwer", sagte der CDU-Europaabgeordnete.

Die Bekämpfung der Produktpiraterie ist überlebenswichtig für die europäische

Wirtschaft. "Papier ist geduldig. Entscheidend ist, dass die geistigen Eigentumsrechte endlich durchgesetzt werden. China muss da der Schwerpunkt der europäischen Bemühungen sein. Klagen bei der Welthandelsorganisation WTO, wie es die USA versuchen, bringen wenig", so Caspary. Das Europäische Parlament empfiehlt stattdessen, Ländern wie China Experten zur Seite zu stellen, die kooperativ bei der Umsetzung bestehender Welthandelsregeln helfen sollen.

Die Abgeordneten wollen an den bestehenden Handelsschutzinstrumenten festhalten. Darunter fallen zum Beispiel Anti-Dumping-Zölle. "Die Instrumente haben sich bewährt und sind weltweit vergleichsweise liberal. Sie dürfen nicht zu protektionistischen Zwecken missbraucht werden. Dort, wo sie angebracht sind, müssen sie aber auch mit aller Härte eingesetzt werden", sagte der Berichterstatter des Europaparlaments zur EU-Handelsstrategie.

THOMAS ULMER:

Mehr Sicherheit bei Medizinprodukten

Die Schlussabstimmung über die Neugestaltung der Medizinprodukterichtlinie ging reibungslos über die Bühne. Damit hat die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ein weiteres großes Werkstück so gut wie ins Ziel gebracht. Wenn im Juli der Rat der Gesundheitsminister noch zustimmt, wovon alle Beteiligten fest ausgehen, ist die Einigung bereits in erster Lesung erreicht.

Das hitzig debattierte Thema der Wiederaufbereitung von Medizinprodukten wurde letztlich subsidiär geregelt. Das be-

deutet, dass jeder Nationalstaat selbst entscheidet, ob er die Wiederaufbereitung erlauben will oder nicht. Allerdings sollen im Falle einer Erlaubnis klare und einheitliche europäische Standards gelten.

"Die Kommission hat sich daher verpflichtet innerhalb der nächsten drei Jahre dazu einen Vorschlag zu unterbreiten",

Lesen Sie weiter unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/3969/32/>

WEITER →

■ EP lehnt höhere EU-Mindeststeuern auf Alkohol ab

Scharf kritisiert hat der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Alexander Radwan, das Abstimmungsverhalten der Linken beim Plenarvotum über die "Annäherung der Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Getränke" in Straßburg. Nachdem der Wirtschaftsausschuss des Parlaments die von der Linken angestrebte Beibehaltung bzw. Erhöhung der Mindeststeuern auf Alkohol noch verhindern konnte, sei es einer knappen Mehrheit aus Sozialisten, Grünen und Teilen der Liberalen zunächst gelungen, die vollständige Abschaffung des Mindeststeuersystems abzulehnen und stattdessen Erhöhungen durchzusetzen. Als Konsequenz wurde mit den Stimmen von CDU und CSU der gesamte Bericht gegen den Widerstand der Sozialisten von der Mehrheit des Plenums in den Ausschuss zurückverwiesen. "Damit hat das Parlament weder eine Stellungnahme abgegeben noch den von uns geforderten Verhaltenskodex, der eine maximale Steuerbandbreite zwischen den Mitgliedstaaten vorsah, durchsetzen können. Die Verantwortung dafür, dass die gravierenden Unterschiede in der Besteuerung damit bestehen bleiben, tragen die Sozialisten", sagte Radwan.

Die seit 1992 geltenden Mindestsätze auf Bier und Spirituosen sollten nach dem Willen der Linken um bis zu einem Drittel erhöht werden. Die Sozialisten wollten außerdem einen Mindestsatz auf Wein und Schaumwein einführen.

■ Hilfe für Steinigungsoffer im Sudan

Das Europäische Parlament hat die Verurteilung wegen Ehebruchs von zwei jungen Frauen zum Tod durch Steinigung verurteilt. Nach bisher nicht bestätigten Meldungen wurden beide Urteile auf internationalen Druck ausgesetzt und die Todesurteile in körperliche Züchtigung umgewandelt. „Auch wenn den beiden Frauen die Steinigung erspart bleiben sollte, so haben wir in unserer Entschließung deutlich gemacht, dass Todesurteile, Auspeitschung und Amputation von Körperteilen, so wie sie von Scharia-Gerichten im Sudan verhängt werden, auf das Strengste verurteilt werden müssen. Wenn man berücksichtigt, dass die Europäische Kommission 2007 angekündigt hat, zusätzliche humanitäre Hilfe im Wert von 45 Mio. Euro für den Sudan zu leisten, wäre es angebracht, das Land dazu aufzufordern, sein Rechtssystem zu reformieren," so die CDU-Europaabgeordnete Renate Sommer.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.